Nummer 371

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe • Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Donnerstag, 12. August 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter: Handelsteil W. Funk Berlin. Polit. Teil Dr. Paul Oestreich. Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales F. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil i. V. Direktor A. Loren, Berlin W 8; Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag. Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1926, für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat August 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Parlamentsferien in Frankreich.

Voraussichtliche Dauer zwei Monate.

TU **Paris**, 11. August.

Die heutige Kammersitzung, von der man erwartet hatte, daß sie lediglich zur Verlesung des Schlußdekretes dienen werde, hat sich wider Erwarten in die Länge gezogen. Es sind eine Reihe von Interpellationen über die Aussperrung der Hafenarbeiter von Dünkirchen eingebracht worden; ihre sofortige Diskussion wurde durch Handerheben zurückgewiesen. Eine weitere Interpellation des Kommunisten Cachin über die Frage der interalliierten Schulden wurde gleichfalls abgelehnt. Schließlich nahm noch die Kammer ohne Debatte eine Reihe von Gesetzen geringerer Bedeutung an.

Der Senat trat gleichfalls heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die im wesentlichen den Abschluß der gegenwärtigen parlamentarischen Session für den Senat bedeutet. Der Senatspräsident dankte zunächst für die Sympathiebezeugungen, die ihm der Senat für die Leitung der Geschäfte der Nationalversammlung dargebracht habe. Er erklärte, er habe sich in der Leitung der Nationalversammlung von dem Geiste des Senats inspirieren lassen. Darauf trat der Senat in die Abstimmung über die Ernennungen zum Ausschuß für die Amortisationskasse und beschäftigte sich alsdann ebenfalls mit einer Reihe von unbedeutenderen Gesetzentwürfen. In beiden Kammern wurde um 6¾ Uhr das Schlußdekret verlesen. Das Parlament ist damit in die Ferien gegangen. —

Poincaré erklärte in einem Interview auf eine Frage über die Dauer der Ferien, das Parlament werde spätestens in zwei Monaten wieder zusammentreten. Längstens am 5. Oktober müsse das Budget aufgestellt sein, und außerdem müsse das Parlament in der einen oder anderen Weise sich zum Washingtoner Abkommen aussprechen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß es vorher zu einer dringlichen Sitzung einberufen werde. — Wie weiter dazu verlautet, beabsichtigt Poincaré, während der Ferien eine ausgedehnte Enquete über die elsaß-lothringische Frage zu veranstalten. Er erklärte jedoch, daß er für eine Reise nach dem Elsaß höchstens 24 Stunden zur Verfügung habe, da er außerordentlich mit Arbeiten überlastet sei.

Der Minister des Aeußern, Briand, wird, wie „Paris Soir" meldet, heute nachmittag Paris verlassen, um in der Bretagne einige Urlaubstage zu verbringen.

Alles wie einst bei uns!

Tariferhöhung auf den französischen Eisenbahnen. — Polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung.

EP **Paris**, 11. August.

Der oberste Eisenbahnrat hat in einer im Ministerium der öffentlichen Arbeiten abgehaltenen Sitzung die Frage der von der Regierung vorgeschlagenen Tariferhöhung geprüft, deren Ertrag zum Budgetausgleich der Eisenbahngesellschaften und zur Anpassung der Eisenbahnergehälter an die allgemeine Wirtschaftslage bestimmt ist. Man einigte sich auf eine Erhöhung, die einschließlich der durch das Gesetz vom 3. August eingeführten [illegible]rtsteuer für die Personenfahrpreise [illegible]rozent, für Eilgut 28 Prozent und für [illegible]chtgut 24 Prozent betragen werden wird. Der [illegible]chluß wird sofort dem Minister zur Billigung vorgelegt [illegible]den und vom 18. August an in Kraft treten. Der Polizeipräfekt von Paris hat heute mit [illegible]en Vertretern der Hauptorganisationen des Einzelhandels eine Besprechung abgehalten, um zur Teuerung Stellung zu nehmen. Es soll unverzüglich die Bekanntgabe der jeweiligen Kleinhandelspreise durchgeführt werden. Außerdem soll ein aus acht Vertretern des Einzelhandels bestehender Ausschuß mit der Aufgabe eingesetzt werden, Maßnahmen zur Preisregelung und zur Bekämpfung der Teuerung zu prüfen.

Die Naturalisierungsfrage in Frankreich.

Paris, 11. August.

Der vom Justizministerium eingesetzte Parlamentarische Ausschuß, der sich mit der Frage der Naturalisierung befaßt, hat in einer heute abgehaltenen Sitzung festgestellt, daß die zuständigen Dienststellen dem Umfang der zu bearbeitenden Naturalisierungsanträge nicht mehr gewachsen sind. Die Einwanderung habe seit dem Kriege sehr stark zugenommen, und es müsse vom Parlament jetzt die endgültige Verabschiedung des Gesetzentwurfes über die Staatsangehörigkeit gefordert werden. Der Ausschuß ist damit beschäftigt, Vorschläge zur völligen Umgestaltung der mit der Bearbeitung von Naturalisierungsanträgen beschäftigten Dienststellen zu machen.

Absage der französischen Herbstmanöver.

Paris, 11. August.

Nach dem „Figaro" werden die großen Manöver, die im nächsten Monat in Westfrankreich stattfinden sollten, abgesagt. Das Blatt nimmt an, daß Ersparnismaßnahmen der Regierung hierzu die Veranlassung gegeben haben.

TU **Paris**, 11. August.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Herrick, ist heute früh nach Amerika abgereist. Er erklärte vor seiner Abfahrt, er werde Anfang Oktober wieder nach Paris zurückkehren. Er gehe nach Amerika, um dort seinen Urlaub zu verbringen.

Treffende Antwort Borahs an Clemenceau.

Wenn die Schulden gestrichen werden, sind auch die Reparationen zu streichen!

TU **London**, 11. August.

Senator Borah veröffentlicht durch „Exchange" im Zusammenhang mit dem Briefe Clemenceaus an den Präsidenten Coolidge eine Erklärung, in der er zunächst betont, daß man die vielen niederträchtigen Anschuldigungen, die in dem Briefe vorhanden seien, nur mit der Liebe Clemenceaus zu seinem Lande entschuldigen könne. Wenn die Franzosen die Streichung ihrer Schulden wünschten, dann sollten sie hierin alle Schulden und alle Reparationen einbeziehen und zeigen, daß die Vergünstigung der Schuldenniederschlagung der Menschheit zugute kommt und eine Besserung für die Massen Europas bedeutet und nicht zum Vorteile imperialistischer Bestrebungen geschieht, die gegenwärtig das Leben der Völker bedrücken, die in keiner Weise für den Krieg verantwortlich sind. Der den Vereinigten Staaten fortgesetzt gemachte Vorwurf der Ungerechtigkeit und hartherzigen Schuldeneintreibung ist nicht nur unbegründet nach Maßgabe der Tatsachen, sondern auch unehrenhaft in der Absicht.

Weiter erklärte Senator Borah, daß der Versailler Vertrag eine Unmöglichkeit sei, da er besonders in der Ziehung der Landesgrenzen auf Revanchegelüsten basiere, für die Clemenceau die Hauptverantwortung trage.

*

EP **Paris**, 11. August.

Wie verlautet, ist im Quai d'Orsay eine Depesche der Washingtoner Botschaft eingegangen, in der mitgeteilt wird, daß der öffentliche Brief Clemenceaus an Coolidge sowohl in der Presse als auch in der öffentlichen Meinung eine ungünstige Aufnahme gefunden habe.

Amerikanische Initiative zur Revision des Dawes-Planes?

TU **Washington**, 11. August.

Wie verlautet, will das Handelsdepartement in der nächsten Zeit einen Bericht veröffentlichen, der eine Revision des Dawesplanes vorbereiten soll.

Glückwunsch Coolidges an Hindenburg.

TU **New-York**, 11. August.

Präsident Coolidge drahtet an den Reichspräsidenten namens der amerikanischen Regierung und für sich selbst Glückwünsche zum Verfassungstag und gibt der Hoffnung für ferneres Wohlergehen Deutschlands Ausdruck.

Eine Abfindung für Deutschland im besetzten Gebiet?

Die „Voss. Ztg." berichtet mit einem Kommentar innerster Befriedigung einen bevorstehenden Abbau der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet. Nach dieser Meldung sollen die Okkupationslasten vorläufig durch Verminderung der Truppen um 10 000 Mann erleichtert werden. In der Meldung heißt es u. a.:

„Frankreich wird seine Besatzungsarmee von 58 000 auf etwa 50 000, die Engländer und Belgier ihre von 12 000 auf 10 000 Mann herabsetzen, so daß von etwa Mitte September ab nur noch zirka 60 000 Mann alliierter Truppen im Rheinland stehen werden.

Darüber hinaus scheinen die alliierten Regierungen bereit, den deutschen Wünschen nach einer Konzentration der Besatzungstruppen in wenigen großen Garnisonen Rechnung zu tragen, um so die Okkupation möglichst „unsichtbar" zu machen. Sie machen weitere Konzessionen auf diesem Gebiete jedoch davon abhängig, daß die deutsche Regierung die Verpflichtung übernimmt, der Agitation der nationalistischen Geheimverbände auf dem linken Rheinufer mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und alles zu tun, um eine Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich jüngst in Germersheim abgespielt haben, vorzubeugen."

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so muß gegen diese Art der Abfindung von deutscher Seite aus schärfster Protest erhoben werden. Die dreiste Unverschämtheit, mit der Frankreich die weiteren Konzessionen ankündigt, wenn Deutschland der Agitation der „nationalistischen Geheimverbände" entgegentritt, haben wir bereits in das gebührende Licht gerückt. Es gehört große Kaltblütigkeit dazu, die Provokation friedfertiger Bürger durch die Besatzungstruppen als Vorwand zu einem neuen Wortbruch zu nehmen. Von dem Locarnischen Geist, der sich uns in dieser Meldung aufs neue offenbart, wollen wir schweigen.

Vorausgesetzt, daß diese Meldung den Tatsachen entspricht, hoffen wir, daß die deutsche Regierung in Paris keinen Zweifel darüber lassen wird, daß diese Abfindung für Deutschland unannehmbar ist, daß mit einer sukzessiven Verminderung der Truppen bis auf Friedensstärke von 50 000 Mann, der Abmarsch einiger Regimenter oder einer lächerlichen Konzession, wie sie die Zurückziehung der Verheirateten darstellt, den deutschen Forderungen auf Erfüllung der in Locarno angeblich gemachten Zusagen in keiner Weise Genüge getan ist.

Russische Vorstellungen in Paris wegen des französisch-rumänischen Vertrages.

TU **Moskau**, 11. August.

Die russische Regierung wird sich heute mit dem Inhalt des französisch-rumänischen Vertrages beschäftigen. Wie aus Paris gemeldet wird, wird die französische Regierung ihre offizielle diplomatische Versicherung geben, daß dieser Vertrag nicht gegen die Sowjetunion gerichtet sei. Trotzdem ist man in sowjetrussischen diplomatischen Kreisen mit diesem Vertrage sehr unzufrieden. Der russische Botschafter in Paris, Rakowski, hat Instruktionen aus Moskau bekommen, sofort eine Rücksprache mit Briand in dieser Angelegenheit nachzusuchen.

TU **Berlin**, 11. August.

Wie der Asien-Ost-Europa-Dienst erfährt, hat sich eine der Sowjetunion befreundete Macht auf Wunsch der einen Seite ins Mittel gelegt, um zwischen Moskau und Sofia Verhandlungen über die gegenseitige Annäherung in die Wege zu leiten.

Farbige Franzosen als Plünderer und Mordbrenner.

Völlige Verwüstung der Oase Ghuta. — Unmenschliche Kriegführung in Syrien.

EP **London**, 11. August.

Der „Times"-Korrespondent in Haifa berichtet, daß infolge der Beschießung der Oase Ghuta die meisten dortigen Dörfer zerstört worden sind. Sie wurden von den Armeniern und den französischen Kolonialtruppen geplündert und in Brand gesteckt. In Damaskus sei die Beute öffentlich verkauft worden, woraus man schließen dürfe, daß die Franzosen ihre Zustimmung zu der Plünderung gaben. Zahlreiche wertvolle Bäume wurden vernichtet. Der Zufluß von Wasser ist unterbunden worden, so daß die dortige Vegetation verdorrt, was von verheerendem Einfluß auf die Hanfernte ist, deren Wert auf 90 000 Pfund geschätzt wird. Durch die Zerstörung der Oase Ghuta wird zweifellos die Stellung der Drusen erheblich geschwächt. Frankreich dürfe aber nicht vergessen, daß solche Ausschreitungen noch den Kampfwillen der Drusen und die Erbitterung der Bevölkerung verstärken werden.

Die Kollektivnote in Sofia überreicht.

EP **Sofia**, 11. August.

Die Kollektivnote Südslawiens, Griechenlands und Rumäniens wurde heute mittag hier überreicht.

Sofia, 11. August.

Der serbische und der rumänische Gesandte sowie der griechische Geschäftsträger übergaben heute dem bulgarischen Minister des Aeußern die Kollektivnote ihrer Regierungen. Sie betont den Wunsch, gute Beziehungen zu Bulgarien aufrecht zu erhalten, lenkt aber in nachdrücklicher Form die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung auf die Tätigkeit der in Bulgarien unter verschiedenen Namen bestehenden revolutionären Komitees, der ein Ende gemacht werden müsse. Zu diesem Zweck soll die bulgarische Regierung den Grenzschutzbehörden Weisungen erteilen, damit diese ihre Pflicht nicht nur in dem Sinne, wie es die gutnachbarlichen Beziehungen verlangen, sondern auch dem Grenzreglement entsprechend erfüllen. Die bulgarische Regierung soll ferner strenge Maßnahmen treffen, um der Tätigkeit der revolutionären Organisationen ein Ende zu machen. Der Außenminister Buroff antwortete, daß er die Note zur Kenntnis nehme und ihren Text seiner Regierung mitteilen werde, die ihn prüfen und baldigst ihre Antwort erteilen werde.

Der Fall Magdeburg, eine Volksgefahr.

Von

Dr. Max Naumann.

Der Mord bei Magdeburg und seine Folgen regen über den Rahmen des Einzelfalls hinaus zu grundsätzlichen Betrachtungen an. Mit zwei Punkten hat sich bisher die Oeffentlichkeit vorwiegend beschäftigt. Mit der von keinem Parteistandpunkte aus verkennbaren Reformbedürftigkeit unseres Kriminial-Untersuchungsverfahrens und mit der Abgrenzung der Befugnisse zwischen Gericht und Verwaltungsbehörde. Von beiden Fragen, so wichtig sie sind, soll heute nicht die Rede sein. Ein Drittes, Wichtigeres, das bisher fast im Dunkel blieb, sei in das hellere Licht der Betrachtung gerückt.

Rudolf Haas ist aus der Untersuchungshaft entlassen. Mit ihm zwei Mitbeschuldigte, die offenbar schuldlos gleich ihm viele Wochen lang im Gefängnis saßen. Aber von diesen beiden war stets nur nebenher die Rede. Ihr Schicksal hat das Meer der Oeffentlichkeit kaum an der Oberfläche gekräuselt. . Den Schlamm der tiefsten Gründe wühlte nur das Los des einen Mannes auf, dessen Name dem „Fall" die Ueberschrift gab, des Großindustriellen Rudolf Haas. Des Juden Haas.

Der „Fall" ist noch nicht abgeschlossen. Aber eine gewisse Entspannung ist eingetreten. Und schon in dieser kurzen Kampfpause, während die Schüsse der Rückzugsgefechte noch von hüben und drüben schallen, dämmert Vielen, die gestern noch leidenschaftlich Partei nahmen, die Selbstbesinnung. Erschüttert geben wir uns Rechenschaft, daß der Fall Haas eine weit über die Person des Angeschuldigten und seiner „Gegner" hinaus reichende Bedeutung hat, daß unser Vaterland an einer deutschen Dreyfus-Affäre um Haaresbreite vorübergeglitten ist.

Erinnern wir uns noch der echten, der französischen Dreyfus-Affäre? Als wir, die heute Aelteren, sie vor Jahrzehnten fern vom Schuß erlebten, war sie uns ein Wirrsal sich kreuzender Zweifel, ein Gemisch von fassungslosem Staunen und menschlicher Anteilnahme, von gekränktem Rechtsgefühl und — seien wir ehrlich — instinktiver Befriedigung ob der Selbstzerfleischung des gefährlichen Nachbarvolkes. Wir bedauerten das Opfer, an dessen Schuld kaum ein Deutscher ernstlich glaubte, wir bewunderten die wenigen Ehrenmänner, die, persönlich unbeteiligt, aus reinem Gerechtigkeitssinn sich dem Haß und der hemmungslosen Wut einer zur Partei-Raserei aufgepeitschten Menge preisgaben. Und wir waren als Menschen zufrieden, aber als Deutsche doch ein wenig enttäuscht, als schließlich die Wahrheit siegte, als die Wogen der Erregtheit verebbten und am Ende das Volk, das unsere Grenzen seit Jahrhunderten unablässig bedroht, sich doch wieder zur nationalen Einheit zusammenschloß.

Unentwirrbar war uns damals ein Geschehen, das im Handumdrehen ein Kulturvolk von vielen Millionen zu einer Horde gegeneinander wütender Tiere machte. Heute liegen die Fäden des Gewebes klar vor uns. Wir prüfen sie, vergleichen sie mit den Ereignissen von heute, und tief erschreckt erkennen wir die Gleichartigkeit des Vorgangs und die ungeheure Gefahr, in der unser Deutschland wie das Frankreich von damals schwebte.

Gerade vor 20 Jahren war es, als die Dreyfus-Affäre nach 12jähriger Dauer zum glücklichen Abschluß kam. Und wenig später schrieb Anatole France sein köstliches Werk von der „Insel der Pinguine", in dem er, die Maske des Spötters vor dem ernsten Antlitz, dem französischen Volke den Spiegel seiner gefährlichen Narrheit vorhielt und mit genialem Griff aus dem damals noch ungesichteten Stoff heraushob und zusammenfaßte, was wesentlich war. Die Worte dieses wahrhaften Sehers verdienen, der halben Vergessenheit, in der sie inzwischen versunken sind, entrissen zu werden, denn sie haben Ewigkeitswert. Pyrot heißt in dem Buche der kleine unsympathische Jude, der durchaus die achtzigtausend Heubündel gestohlen haben muß, weil nun einmal irgendjemand den Verdacht auf ihn gelenkt hat. Und zunächst zweifelt niemand an seiner Schuld.

„Man zweifelte nicht daran, weil die Unkenntnis des Falles den Zweifel nicht gestattete, der erst begründet sein muß. Grundlos zweifelt man nicht, man glaubt nur grundlos. Man zweifelte nicht daran, weil die Sache überall wiederholt wurde und weil für die Masse Wiederholung soviel ist wie Beweis."

Aber dann setzt die Gegenaktion der „siebenhundert Pyrots" ein. Von ihnen heißt es:

„Die Sitten der kleinen Juden waren nicht immer rein. Sie mieden gewöhnlich kein einziges Laster der pinguinischen Zivilisation, aber von der Patriarchenzeit her hatten sie sich die Empfindung für Familienbande